

**Antrag der Fraktion der CDU****Gewalt gegen Israel beenden – Antisemitismus in Deutschland und Bremen ächten**

Der Konflikt im Nahen Osten ist unter Anwendung von Gewalt wieder aufgeflammt. Terroristische Angriffe der Hamas mit Raketenbeschuss insbesondere aus dem zu den Palästinensischen Autonomiegebieten gehörenden Gazastreifen beantwortet Israel mit militärischen Mitteln. Abermalig ist der Staat Israel gezwungen, seine Bevölkerung vor dem Beschuss von inzwischen über 3 000 Raketen zu schützen und zu verteidigen. Besorgt blickt die gesamte Welt, aber auch wir in Deutschland und in Bremen, nicht nur auf eine seit Jahrzehnten ungelöste Auseinandersetzung, bei der immer wieder eine Spirale der Gewalt vor allem die Zivilbevölkerung trifft, sondern auf einen Konflikt, der zunehmend auch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Israel auseinanderreibt. Vielfältige, auch aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart wirkende Ursache-Wirkungszusammenhänge der Auseinandersetzung, können die Verantwortung insbesondere der Hamas für das neuerliche sinnlose Blutvergießen nicht relativieren. Wir in Bremen und Bremerhaven denken in diesen Tagen nicht nur, aber besonders auch an die Menschen in unserer Partnerstadt Haifa. Wir haben die Hoffnung und die Erwartung, dass eine möglichst schnelle Rückkehr zu friedlichen Mitteln der Konfliktlösung möglich wird und dass das Leiden so vieler Unschuldiger und Schutzloser – auf allen Seiten – beendet wird. Unsere Botschaft: Zu einer schnellstmöglichen Waffenruhe und zur Rückkehr zum Dialog gibt es keine Alternative.

Wie in der Vergangenheit greifen Hamas und Islamischer Dschihad erneut zum Mittel des wahllosen Beschusses Israels, das mit entschiedenen Mitteln reagiert. Ursache und Wirkung treten hier klar zutage, Terror und Selbstverteidigung lassen sich klar trennen. Hinzu kommt, dass der Konflikt mit Beschuss aus dem Libanon durch die Hisbollah weiter zu eskalieren droht. Tod und Verletzung von Menschen in Israel werden dabei nicht nur in Kauf genommen, sondern sind gewollt. Das Ziel ist es, letztlich den Bestand Israels infrage zu stellen. Unsere Botschaft: Die Existenz, die territoriale Integrität Israels und das Recht auf Unverletzlichkeit seiner Menschen sind für uns nicht verhandelbar.

In kleinen Schritten, immer wieder von Rückschlägen unterbrochen und zurückgeworfen, schien man sich jüngst vorsichtig auf einen richtigen Weg begeben zu haben. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen einer Reihe von arabischen Staaten mit Israel, nährte die Hoffnung, dass ein zumindest gewaltloses Nebeneinander möglich würde, an dessen Ende eine Verhandlungslösung stehen könnte und sollte. Seit langem gibt es hierzu den Vorschlag einer Zwei-Staaten-Lösung, den die Europäische Union jüngst bekräftigt hat. Dies setzt allerdings auch weiterhin und verstärkt die Gesprächs- und Kompromissbereitschaft aller Seiten voraus. Unsere Botschaft: Als Voraussetzung zur Beendigung legitimer Maßnahmen zur Selbstverteidigung seitens des israelischen Staates erwarten wir die sofortige Einstellung des Raketenbeschusses und die unverzügliche Rückkehr aller Beteiligten zu kompromissorientierten Gesprächen.

Der Konflikt berührt uns in Deutschland und in Bremen jedoch nicht nur als Bürgerinnen und Bürger in einer globalisierten Welt allgemein. Schnell haben Menschen auch in Deutschland ihn zum Vorwand genommen, um Hass, Antisemitismus und rassistische Ressentiments zu schüren und dieses durch Hetze, Verbrennen von israelischen Fahnen, Skandieren von Parolen oder gar durch Anbringen von Farbschmierereien auf die Straßen und Plätze Deutschlands gebracht. Ein nahöstlicher Konflikt ist so auch in Bremen und Bremerhaven präsent und hat unmittelbare Folgen auch hier. Neue Formen des Hasses und des Antisemitismus mischen sich mit Hetze aus der Vergangenheit und befördern ein politisches und gesellschaftliches Klima, das nicht wenige inzwischen als Bedrohung empfinden. Ein bedrückender Beleg dafür ist, dass die Jüdische Gemeinde seit Jahren nur hinter Zäunen und unter Polizeischutz ihr gemeindliches und religiöses Leben realisieren kann, das die ganz überwiegende Mehrheit in und für Bremen als Bereicherung empfindet. Angesichts des Jubiläumsjahres „1 700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“, das wir 2021 auch in Bremen und Bremerhaven mit zahlreichen Veranstaltungen begehen, sind die jüngsten Ausschreitungen und Hassbekundungen noch einmal unerträglich. Unsere Botschaft: Hassparolen und Antisemitismus, ganz gleich von wem, wo oder mit welchem Hintergrund, sind nie eine Meinung. Und dem Versuch, jüdisches Leben bei uns zu bedrohen oder zu beeinträchtigen, werden wir immer entschieden entgentreten.

Und das muss mehr als ein Appell sein: Antisemitismus, Extremismus, Gewaltbereitschaft, Hass und Hetze stellen wir ein Bekenntnis für ein respektvolles Miteinander, für Toleranz und Gewaltlosigkeit in Wort, Schrift und Tat sowie für eine von Vielfalt geprägte Gesellschaft entgegen. Wir wissen, dass es insbesondere in Bremen und Bremerhaven von der ganz überwiegenden Mehrheit geradezu traditionell geteilt und gelebt wird. Umso mehr ist es erforderlich, dies mit Zivilcourage und Bekenntnis unter Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen. Es ist damit auch der Dank an die Sicherheitsbehörden, insbesondere an die Polizei, zu verbinden, die durch Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen und demonstrative und umsichtige Präsenz bei Veranstaltungen durch die Verfassungen des Bundes und Bremens verbrieft Rechte sicherstellt und gegebenenfalls durchsetzt. Unsere Botschaft: Verfassungsrecht steht nicht zur Disposition und wird nötigenfalls auch mit den Mitteln des Rechtsstaats verteidigt. Dies ist nötigenfalls auch zu verstärken. Wir verstehen hierunter die konsequente Umsetzung und Durchsetzung bestehender Normen des Strafrechtes. Damit verbinden wir auch die Bereitschaft, diese ergebnisoffen zu überprüfen, wo es notwendig erscheint. Schließlich sind Verbotverfahren gegen Organisationen, die sich gegen basale Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaates wenden, dieses System und seine Offenheit missbrauchen und/oder sich gegen fundamentale Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens der Völker richten, ebenfalls ein mögliches und probates Instrumentarium rechtsstaatlicher Reaktion.

Zu den hier gemeinten (Grund-) Rechten gehören nicht nur die allgemeinen Persönlichkeitsrechte und das Recht auf freie Religionsausübung, sondern auch die Meinungsfreiheit. Gesellschaftliches und staatliches Handeln müssen und dürfen kritisch reflektiert werden können. Das gilt hier, aber auch in und für den Staat Israel. Internationales Recht und allgemeine Menschenrechte müssen Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens in der nahöstlichen Region werden und dauerhaft zur Geltung gebracht werden. Nur so ist ein friedliches Zusammenleben, das die berechtigten Interessen Aller berücksichtigt, längerfristig möglich. Hiervon versprechen wir uns nicht nur Fortschritte in Israel im Verhältnis zu seinen Nachbarn, sondern auch für ein friedlicheres Zusammenleben in der Welt und bei uns in Bremen und Bremerhaven. Unsere Botschaft: Wir werden alle unsere Möglichkeiten nutzen, um Solidarität mit Israel und allen friedensbereiten Kräften in der Region zu üben. Dazu werden wir unsere Möglichkeiten nutzen, um bundesdeutsche und europäische Aktivitäten zu unterstützen, die darauf abzielen, zunächst eine kurzfristige Unterbrechung der Gewaltspirale zu erreichen und Gewalttriale für die Zukunft zu verhindern.

Gewalt und Sprachlosigkeit, wie sie gegenwärtig vor allem von der Zivilbevölkerung aller Seiten erlebt werden, dürfen nicht das letzte Wort sein und werden nie zu einer Lösung auf der Basis eines gemeinschaftlichen Neben- oder sogar Miteinanders führen. Im Gegenteil: Die Konsequenzen des jetzigen Konfliktes müssen endlich verstärkte und ernsthaftere Bemühungen für einen längerfristigen und allgemeinen Frieden unter internationaler Begleitung sein. Unsere Botschaft: Wir dürfen uns nie daran gewöhnen, dass Menschen, insbesondere die Kinder, in Bunkern, unter Beschuss, mit Zerstörung ihrer Zukunft und unter den Bedingungen einer sinnlosen und endlosen Spirale der Gewalt und des Hasses leben und aufwachsen müssen. Und wir dürfen nicht zulassen, dass die Welle des Hasses und der Bereitschaft zur Gewalt zum Flächenbrand wird. Nicht im Nahen Osten, aber auch nicht bei uns in Deutschland.

- I. Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:
  1. Die Bürgerschaft (Landtag) gedenkt Aller, die in der Region Opfer geworden sind: Leidtragend durch Tod, Verletzung, Vertreibung oder Hass ist insbesondere auch die Zivilbevölkerung, sind am Konflikt unschuldige und unbeteiligte Erwachsene und Kinder. Jedes Opfer ist ein Opfer zu viel.
  2. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die terroristischen Angriffe der Hamas und des islamischen Dschihad auf Israel und fordert eine dauerhaft einzuhaltende Waffenruhe. Für die Bürgerschaft (Landtag) steht das Recht Israels auf angemessene Verteidigung und Schutz seiner Bevölkerung nicht infrage. Sie verbindet damit die Erwartung, dass Israel seinerseits die Angriffe auf Ziele im Gaza-Streifen einstellt, wenn sie zur Abwehr der Gefahr nicht mehr notwendig sind. Sie bekräftigt die Auffassung, dass alle Beteiligten durch Dialog- und Kompromissbereitschaft daran mitwirken müssen, die Spirale aus Hass und Gewalt unverzüglich zu unterbrechen, die niemals zu einer dauerhaften Lösung des Konfliktes führen kann. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass nach der vereinbarten Waffenruhe die Bemühungen um eine dauerhafte Friedenslösung unter internationaler Begleitung verstärkt werden müssen.
  3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht das unverbrüchliche Recht Israels, auf staatliche Integrität, Sicherheit und Schutz seiner Bevölkerung. Ihr Eintreten für die Rechte Israels richtet sich nicht gegen die Rechte anderer in der Region, namentlich nicht gegen die der Palästinenser. In Deutschland und in Bremen empfinden wir jedoch eine besondere Verantwortung, auch vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte, die Solidarität mit der israelischen Bevölkerung angesichts der aktuellen Krise erneut zu bekräftigen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der internationalen Staatengemeinschaft, von der Europäischen Union und von der Bundesregierung ein nachdrückliches und nachhaltiges aktives Eintreten für eine Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung der Sicherheit Israels. Sie wird, vertreten durch den Vorstand, im Rahmen der engen Städtepartnerschaft zu Haifa, einen eigenständigen Beitrag tätiger Solidarität leisten, wenn die (pandemischen) Umstände hier und die Situation vor Ort es wieder zulassen.
  4. Die Bürgerschaft (Landtag) hebt die Anstrengungen der israelischen Gesellschaft zur Integration verschiedener Volksgruppen, Ethnien, Kulturen und Religionen vor dem Hintergrund einer besonderen Geschichte, einer speziellen geopolitischen Lage sowie vielfältiger Herausforderungen durch Zuwanderung aus allen Teilen der Welt besonders hervor. Sie bittet alle Beteiligten in Israel, hierin nicht nachzulassen und für die berechtigten Interessen Aller, gerade von Minderheiten, weiterhin Raum zu lassen, der den Erhalt und die Entwicklung von Eigenständigkeit im Rahmen des Ganzen sicherstellt. Sie sieht hierin eine wesentliche Voraussetzung für Frieden und Stabilität nach innen und außen.

- II. Die Bürgerschaft (Landtag) ist darüber hinaus der Auffassung:
1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht ihre Abscheu aus gegenüber jeglichen antisemitistischen Bestrebungen, die derzeit unter dem Vorwand dieses Konfliktes hier oder in anderen Städten Deutschlands passieren und die geeignet sind, das gesellschaftlich-politische Klima (weiter) zu vergiften. Sie ruft alle Menschen in Bremen und Bremerhaven auf, sich mit Zivilcourage gegen diese besonders niederträchtige und zudem geschichtsvergesene Form der Hetze und des Hasses zu wenden, die nichts mit freier Meinungsäußerung und legitimer Kritik an staatlichem Handeln (auch Israels) zu tun hat, und die sich letztlich nicht weniger als gegen die menschliche Würde und Freiheit richtet. Sie spricht allen Sicherheitsbehörden ihren Dank dafür aus, bestehende und nicht zur Disposition stehende Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens gegebenenfalls mit den Mitteln des Rechtsstaates zu verteidigen. Dazu gehört insbesondere die Durchsetzung und Umsetzung bestehenden Rechtes, gegebenenfalls aber auch deren ergebnisoffene Prüfung und Weiterentwicklung, wo sich entsprechende Notwendigkeiten ergeben.
  2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht nachdrücklich das Recht der jüdischen Gemeinde und aller jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bremen und Bremerhaven auf freie und ungestörte Ausübung ihrer Religion und ihres Gemeindelebens, das sie als Bereicherung unseres gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens insgesamt ansieht. Sie wird auch zukünftig jegliche Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven unterstützen, um jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Sie wird weiterhin, gegebenenfalls auch durch entsprechende Vorkehrungen im Haushalt, alle erforderlichen Rahmenbedingungen für ihren Schutz sicherstellen.
  3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den regelmäßigen interfraktionellen Dialog unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und des Präsidenten des Senates mit dem „Forum zur Förderung des jüdischen Lebens im Land Bremen“, das so institutionalisiert in Deutschland einmalig sein dürfte. Die in diesem Rahmen stattfindenden Treffen und Gespräche sind ein wesentlicher Beitrag, um Freundschaft und Vertrauen zu stärken, aber auch um Probleme und Defizite zu thematisieren und einer gemeinsamen Lösung zuzuführen. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt der Jüdischen Gemeinde in Bremen für die jüngst in alle gesellschaftlichen Richtungen erneuerte Dialogbereitschaft, um gegenseitiges interkulturelles und interreligiöses Verständnis auch in Bremen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Dr. Thomas vom Bruch, Claas Rohmeyer,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU